

Stellungnahme zu den Koalitionsverhandlungen in Niedersachsen

20. Oktober 2022

Niedersachsen hat gewählt: Und Niedersachsen hat sich gegen den aktuellen Kurs der großen Koalition und des damit verbundenen Status Quo der juristischen Ausbildung entschieden. Dieser Wunsch nach Fortschritt muss nun auch in der juristischen Ausbildung respektiert werden.

In den letzten Monaten sind die Stimmen, die einen integrierten Bachelor in Niedersachsen fordern, immer lauter geworden. So haben sich die Dekane der Universitäten Göttingen, Hannover und Osnabrück in einem offenen Brief am 05.09.2022 für die Einführung des integrierten Bachelors in Niedersachsen ausgesprochen. Die Leuphana Universität Lüneburg bietet, wenn auch in einem anderen Modell, die Möglichkeit zum Erwerb eines Bachelor of Laws bereits an. Nun wird es Zeit, dass auch die anderen rechtswissenschaftlichen Fakultäten nachziehen. Von Seiten der Universitäten ist das Interesse an einem Bachelor of Laws vorhanden. Wir als Vertretung der Jurastudierenden unterstützen diese Forderung.

Nachdem bereits die schwarz-grünen Regierungen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen den integrierten Bachelor in diesem Jahr in ihre Koalitionsverträge aufgenommen haben, sollte Niedersachsen diesen Schritt auch gehen und so ein Zeichen setzen, dass man bereit ist, die klassische juristische Ausbildung zu reformieren.

Die Forderung nach einem integrierten Abschluss ist dabei nicht etwa aus der Luft gegriffen oder etwa ein Ausdruck der Bequemlichkeit der Studierenden, sondern vielmehr ein notwendiger Schritt in der Reform des Jurastudiums. Hohe Abbrecherquoten und das Klagen über psychische Belastungen¹ sind Symptome dieses Systems, dass die Leistungen der ersten Studienjahre nicht ausreichend honoriert.

Hochschulen wie die Humboldt-Universität oder die Bucerius Law School zeigen dabei, dass das Modell des integrierten Bachelors nicht nur funktioniert, sondern eben auch die erhofften Effekte, wie etwa eine psychische Entlastung der Studierenden mit sich bringt. Tom Graßer, stellvertretender Vorsitzender des BRF schätzt die Lage wie folgt ein: „Die bundesweite Einführung eines integrierten LL.B. im Jurastudium ist mittlerweile nur noch eine Frage der Zeit. Dass Niedersachsen nun zu Bundesländern wie NRW und Schleswig-Holstein aufschließt, ist demnach eine logische Konsequenz und sichert die Attraktivität der juristischen Ausbildung in Niedersachsen“. Er ergänzt, dass „allerdings alle niedersächsischen Fakultäten, um diese neuen Anforderungen umzusetzen, aber auch um dem aktuellen Streben nach Exzellenz nachzukommen, mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden müssen“.

„Die Impulse für eine moderne juristische Ausbildung in einem niedersächsischen Koalitionsvertrag sollten jedoch über die Einführung des LL.B. hinausgehen“, fordert Jonathan Franz, Vorsitzender des BRF. „Die zeitgemäße Evaluation des Pflichtfachstoffes, die Digitalisierung von Lehre und den Staatsprüfungen sowie die Sensibilisierung für und Förderung von Diversität in der juristischen Ausbildung sind notwendig, um das Jurastudium zukunftsfähig zu machen und die Jurist:innen von morgen zu formen.“

Wenn diese Punkte Einzug in den aktuell zu verhandelnden Koalitionsvertrag erhalten, dann sehen wir die juristische Ausbildung in Niedersachsen und deren Attraktivität gestärkt.

¹ BRF, *Drost*, Zweite Umfrage zum psychischen Druck, 2022, https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2022/02/Abschlussbericht_Umfrage_psychischer_Druck_final.pdf, zuletzt abgerufen am 20.10.2022.